Ressort: Politik

Tausende Lehrer beantragen Arbeitslosengeld

Berlin, 13.05.2013, 01:00 Uhr

GDN - Jedes Jahr müssen in Deutschland Tausende befristet angestellte Lehrer im Sommer Arbeitslosengeld I oder wegen nicht ausreichender Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung kurzzeitig Hartz IV beantragen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) meldeten sich in den Sommerferienmonaten 2012 bundesweit 5400 Lehrer zusätzlich arbeitslos, wie die "Süddeutsche Zeitung" (Montags-Ausgabe) berichtet.

In einer Analyse der Behörde, die der SZ vorliegt, heißt es: Dieser "sprunghafte Anstieg der Arbeitslosigkeit", der nach Ende der Ferien wieder deutlich zurückgehe, falle bereits seit Jahren auf. Spitzenreiter 2012 war laut der Statistik Baden-Württemberg, dort kletterte die Zahl der arbeitslosen Lehrer im August um satte 1400 Prozent. Auch in Rheinland-Pfalz, Bayern oder Hessen sei das Phänomen verbreitet. Hauptursache seien befristet geschlossene Verträge mit nicht-verbeamteten Lehrkräften, bei denen die Sommerferien ausgespart blieben. Dass Länder so auf Kosten der Arbeitslosenversicherung sparen, ist dem Zeitungsbericht zufolge nicht neu: Bereits 2001 hatte der Bundesrechnungshof kritisiert, Länder würden sich "eines Teils ihrer Arbeitgeberverpflichtungen zulasten des BA-Haushalts entledigen". Nachdem 2007 etwa 7.000 zusätzliche arbeitslose Lehrer im Sommer in der Statistik aufgetaucht waren, prangerte die BA dies an. Danach gelobte etwa Hessen Besserung. Die Zahl schmolz im Sommer 2009 auf 4400. Doch 2011 waren es wieder 5800, zuletzt eben bundesweit 5400. Ilse Schaad, Vorstandsmitglied in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, hält dies "für einen Skandal. Die Arbeitslosenversicherung ist nicht dafür da, Lehrer im Juli oder August zu bezahlen", sagte sie der SZ. Schaad wies darauf hin, dass es in vielen Schulen am Anfang des Schuljahres "Notstundenpläne" gebe, weil noch nicht alle Lehrer mit neuen befristeten Verträgen wieder eingestellt worden seien. Auch Heinz-Peter Meidinger, Vorsitzender des Deutschen Philologenverbands, fordert, solche Lehrkräfte mit kompletten Ganzjahresverträgen auszustatten. Das Kultusministerium in Baden-Württemberg lehnt dies jedoch genau in diesen Fällen ab: Dabei handele es sich meist um Vertretungen, "die an einen Vertretungsgrund wie zum Beispiel Krankheit oder Mutterschutz gekoppelt sind. In den Sommermonaten besteht dieser Vertretungsgrund nicht", sagte eine Sprecherin.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-13611/tausende-lehrer-beantragen-arbeitslosengeld.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com
www.gna24.com